

26.10.2012

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

wir erleben in diesen Tagen deutlich, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, wer ein Land regiert. Kein anderes Land in Europa steht so gut da wie Deutschland. Kein anderes Land ist so gut durch die Krise gekommen wie wir. Das ist kein Zufall, sondern Folge bedachter und entschiedener Politik. Die christlich-liberale Koalition hat mit Kompetenz und Augenmaß erfolgreich für den Ausbau und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland gesorgt. Der industrielle Kern unseres Landes ist stark, deutsche Produkte sind weltweit gefragt. Das sichert Arbeit und Wachstum in Deutschland.

Die Steuereinnahmen entwickeln sich gut. Die stark angestiegenen Einnahmen in der Lohnsteuer weisen eine erfreuliche Lohnentwicklung nach. Diese wird begleitet durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gleichzeitig zeigt die starke Zunahme der Steuereinnahmen aber auch, wie dringend wir uns der kalten Progression widmen müssen. Die christlich-liberale Koalition hat ihren Gesetzesentwurf schon lange parat. Eine Umsetzung wird jedoch noch immer durch die durch nichts gerechtfertigte Blockade der SPD im Bundesrat verhindert. Damit müssen gerade Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen weiter darauf warten, dass ihnen auch etwas von den Lohnerhöhungen bleibt. Die günstige Lohnentwicklung und die Zunahme der Beschäftigung in Deutschland haben ebenfalls zu einer hervorragenden finanziellen Lage bei den Sozialkassen geführt. Von der Senkung des Beitrags zur Rentenversicherung auf 18,9 Prozent, die wir in dieser Woche beschlossen haben, werden viele Menschen in Deutschland profitieren. Auch die deutschen Unternehmen werden durch diese Senkung der Lohnnebenkosten spürbar entlastet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Verlosung Erstaussgabe der Sonderbriefmarke Helmut Kohl

Ich habe eine Erstaussgabe der Sonderbriefmarke „Helmut Kohl – Kanzler der Einheit – Ehrenbürger Europas“ erhalten. Mit seiner 16-jährigen Amtszeit von 1982 bis 1998 ist Helmut Kohl der bis heute am längsten amtierende Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Durch seine Weitsicht und Entschlossenheit bei der Gestaltung der deutschen Einheit ist Helmut Kohl zugleich zum „Kanzler der Einheit“ geworden. Das Bundesfinanzministerium hat jetzt zu Ehren Helmut Kohls eine Sonderbriefmarke herausgebracht.



Da ich weiß, dass Kohl für viele CDU-Freunde und Sympathisanten eine besondere Bedeutung hat und seine Verdienste enorm sind, möchte ich eine Erstaussgabe der Marke verlosen.

Alle Einsendungen, die **bis zum 31. Oktober 2012** mein Berliner Büro per Email erreichen, können an der Verlosung teilnehmen. Es werden nur Einsendungen berücksichtigt, die an **andreas.mattfeldt@bundestag.de** geschickt werden und die einen **Vor- und Nachnamen** sowie die **vollständige postalische Anschrift** enthalten. Ich bitte um Verständnis, dass ich nur die Gewinner benachrichtigen werde.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Gemeinsam mit der Bürgerinitiative „No Fracking“ beim Landesbergamt

Ich habe mich gemeinsam mit einem Vertreter der Bürgerinitiative „No Fracking“, Thomas Vogel, mit dem Präsidenten des Landesbergamtes in Hannover zu einem persönlichen Gespräch getroffen. Dabei ging es nicht nur um ein persönliches Kennenlernen, sondern vor allem um die Entsorgung des bei der Erdgasförderung anfallenden Lagerstättenwassers.

Ich habe das Gespräch mit dem Landesbergamt gesucht, nicht nur um den Präsidenten persönlich kennenzulernen, sondern vor allem, um mit ihm über den Genehmigungsantrag der RWE Dea für eine Verpressstelle in Düvelshagen zu sprechen. Es ging aber auch generell um die Problematik von Transport und Verpressung des Lagerstättenwassers. Der Antrag zur Verpressung in Düvelshagen werde derzeit durch das Landesbergamt geprüft und es sei noch keine Entscheidung getroffen worden. Ich habe dabei auch meinen Vorschlag der Aufbereitung des Lagerstättenwassers direkt an der Bohrstelle und Einleitung des gerei-

nigten Abwassers in die örtlichen Kläranlagen eingebracht.

Diesen Vorschlag habe ich bereits gemeinsam mit der Bitte, das Verpressen von kontaminiertem Lagerstättenwasser in Trinkwasserschutzgebieten zu verbieten, an Bundesumweltminister Altmaier herangetragen. In der Antwort teilt der Umweltminister meine Bedenken. In dem Schreiben heißt es: „Sofern die Versenkung von Abwasser in Trinkwasserschutzgebieten in der Praxis tatsächlich vorkommt, ist ein Versenkverbot für Abwasser aus der Erdgasgewinnung in eine Schutzgebietsverordnung aufzunehmen.“



Ich bin in dieser Angelegenheit weiter im Dialog mit Bundesminister Altmaier, denn es ist mir wichtig, dass eine sichere Lösung für die Entsorgungsfrage für das Lagerstättenwasser gefunden wird. Es ist für mich unter keinen Umständen akzeptabel, dass das Lagerstättenwasser oberflächennäher verpresst als es gefördert wird.

Ich bin in dieser Angelegenheit weiter im Dialog mit Bundesminister Altmaier, denn es ist mir wichtig, dass eine sichere Lösung für die Entsorgungsfrage für das Lagerstättenwasser gefunden wird. Es ist für mich unter keinen Umständen akzeptabel, dass das Lagerstättenwasser oberflächennäher verpresst als es gefördert wird.

Ich bin in dieser Angelegenheit weiter im Dialog mit Bundesminister Altmaier, denn es ist mir wichtig, dass eine sichere Lösung für die Entsorgungsfrage für das Lagerstättenwasser gefunden wird. Es ist für mich unter keinen Umständen akzeptabel, dass das Lagerstättenwasser oberflächennäher verpresst als es gefördert wird.

Landwirte können sich künftig besser vor Wetterextremen schützen

Künftig werden Mehrgefahrenversicherungen für Elementarschäden in der Landwirtschaft, dem Garten- und Weinbau durchgehend mit 0,3 Promille auf die Versicherungssumme besteuert. Die neue Regelung ist ein Meilenstein in der Risikoversicherung für Einzelbetriebe in den Landkreisen Verden und Osterholz. Eine entsprechende Änderung wurde im Finanzausschuss des Bundestages beschlossen.

Sie stellt eine wesentliche Vergünstigung der Mehrgefahrenversicherung dar und

verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarwirtschaft in diesem Bereich entscheidend. Bislang wurde ausschließlich die Hagelversicherung mit einem Steuersatz von 0,2 Promille auf die Versicherungssumme begünstigt. Andere Elementarschäden wie Frost oder Starkregen mussten mit 19 Prozent auf die Versicherungsprämie versteuert werden. Dies bedeutete eine erhebliche Belastung unserer Betriebe und war vor dem Hintergrund zunehmender Schäden durch Wetterextreme nicht länger tragbar.

Verbesserungen für Ehrenamtliche

Ehrenamtlich leisten eine unschätzbare Arbeit für die Gesellschaft und somit für uns alle. Deshalb habe ich mich im Bundestag für die Stärkung des Ehrenamtes eingesetzt. Als Mitglied der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Demographie sowie der Koalitionsarbeitsgruppe Ländliche Räume habe ich angeregt, dass entsprechende Forderungen an die Bundesregierung formuliert wurden. Ich freue mich, dass die Bundesregierung diese aufgenommen und ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hat: Die Übungsleiterpauschale wird von 2.100 auf 2.400 Euro und die Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 Euro angehoben. Die Umsatzgrenze für die Klassifizierung von sportlichen Veranstaltungen eines Sportvereins als Zweckbetrieb wird von 35.000 auf 45.000 Euro angehoben. Ziel ist es, die eher am Breitensport orientierten Vereine von Bürokratielasten zu entbinden. Bei kleineren Veranstaltungen entfällt die Pflicht, die Ausgaben detailliert dem steuerpflichtigen bzw. steuerfreien Bereich zuzuordnen. Neben wichtigen Verbesserungen im steuerlichen Bereich werden außerdem die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Vereins- und Stiftungsrecht gestärkt. Die Schadensersatzhaftung von ehrenamtlich tätigen Vorständen, Mitgliedern und besonderen Vertretern werden beschränkt. Ehrenamtlich tätig ist dabei, wer für die Organisation unentgeltlich tätig ist oder dafür nicht mehr als 720 Euro im Jahr erhält. Damit wird Sorge getragen, dass ehrenamtlich Tätige nicht durch eine mögliche Haftung bestraft oder durch das entsprechende Risiko von ihrem Engagement abgehalten werden.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range